



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Dienstag, 25.04.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Zu Tagesordnungspunkt 1: siehe separates Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung vom 25.04.2023.

TOP 2	Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit - Änderung der Satzung für ehrenamtliche Tätigkeit (Vorberatung)	Vorl.Nr. 055/23
--------------	---	------------------------

Beschlussempfehlung:

Die in Anlage 1 beigefügte Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wird beschlossen.

Die Änderungen treten zum 01.09.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadtrat Haag

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses und ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

TOP 2

**Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit -
Änderung der Satzung für ehrenamtliche
Tätigkeit
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 055/23

Der **Leiter** des Fachbereiches Bürgerdienste geht auf die Vorlage ein. Der Wahltermin nächstes Jahr könne ein Problem werden, wenn die Europawahl und die Kommunalwahl terminlich in die Pfingstferien fallen, sieht er Handlungsbedarf, da viele in den Ferien nicht erreichbar seien. Der Wahltermin stehe noch nicht endgültig fest. Ein finanzieller Anreiz sei nötig, um genügend Helfer zu finden. Die Nachfrage nach einer Briefwahl habe zuletzt zugenommen und der Arbeitsaufwand sei enorm hoch und komplex. Andere Städte seien inzwischen dazu übergegangen, Tätigkeiten wie das Eintüten und Verschicken der Wahlunterlagen an Dienstleister zu vergeben. Ludwigsburg setze weiterhin auf Wahlhelfer auf freiwilliger Basis.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** schlägt für städtische Mitarbeitende die Möglichkeit alternativ einen Zeitausgleich zu wählen, vor. Die Erhöhung sei sinnvoll.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach einem Vergleich mit anderen Städten. Mit einer Anpassung könne sie mitgehen, jedoch sei die Erhöhung zu massiv.

Die Vergütung solle angemessen sein, sagt Stadtrat **Zeltwanger**. Man habe überall Lohnsteigerungen.

Stadtrat **Maier** stimmt der Vorlage zu. Er wünscht mehr Information zur Anpassung und fragt, warum nicht linear angepasst werde.

Die Wahlen seien ein Kernelement der Demokratie und ein Durcheinander wie in Berlin wolle er nicht, merkt Stadtrat **Müller** an.

Stadträtin **Seyfang** geht auf die Einteilung des Schichtdienstes ein.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bürgerdienste geht auf die offenen Fragen ein. Für die städtischen Mitarbeitenden gebe es eine Wahlfreiheit und die Möglichkeit eines Zeitausgleiches. Man wolle die Entschädigungsabrechnung möglichst einfach gestalten. Von einer linearen Erhöhung habe man aufgrund der Wertschätzung abgesehen und deshalb bei mehr als 5 Stunden überproportional erhöht.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Entwurfsbeschluss

Der Planung des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen Stand März 2023 (Anlage 1) wird zugestimmt.

Baubeschluss

1. Die erforderlichen Tief- und Straßenbauarbeiten für den Neubau des Parkplatzes Schul- und Sportgelände Poppenweiler werden entsprechend der Planung des FBs Tiefbau und Grünflächen ausgeführt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 350.000, -- € werden genehmigt.

2. Die notwendigen Bauarbeiten für den Rückbau der bestehenden Parkplätze auf dem Schulgelände sowie der Zufahrt werden entsprechend der Planung des FBs Tiefbau und Grünflächen umgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 60.000, -- € werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 25.04.2023

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Die Wohnbebauung sei in die Wege geleitet, jetzt könne mit dem Parkplatz nachgezogen werden.

Sickerpflaster und Entsickerung in die Grünbeete sei gut, meint Stadtrat **Handel**. Er fragt, ob es für die Grünfläche eine Notentwässerung gebe, um eine Verschlammung zu verhindern. Im Hinblick auf spätere Verlegungen und Ausgrabungen fragt er, ob die Wegeverbindung mit Sickerpflaster ausgeführt werden könne. Die Installation der Leitungen für Ladesäulen solle mitgedacht werden. Ab 35 Parkplätzen müsse ein Solardach angebracht werden, so ein neues Gesetz. Dies sei auf diesem Platz aufgrund Veranstaltungen nicht möglich.

Stadtrat **Klotz** wünscht Fahrradbügel eher in Schulinähe und neben dem Fußweg zum Kinder- und Familienzentrum. Die dafür angedachte Fläche solle in eine Grünfläche umgewandelt werden. Er fragt, ob der Parkplatz verlängert werden könne, sobald der Hallenneubau komme. Im Stadtteil gebe es bisher leider nur eine öffentliche Ladesäule, bemängelt er. Die Abstimmung mit dem Verein sei ihm wichtig und der Baum dürfe bei Festivitäten nicht im Wege stehen.

TOP 3

**Neubau Parkplatz Schul- und Sportgelände
Poppenweiler
- Entwurfs- und Baubeschluss**

Vorl.Nr. 109/23

Stadtrat **Raasch** sieht die Planungen aus 2017 mit dem Wendehammer als besser an, da jetzt ein Rückwärtsfahren erforderlich sei. Er hat Zweifel in der Praxisumsetzung.

Die Fahrbahnbreite zwischen den Parkplätzen mit 6 Metern reiche für ein Rückwärtsfahren, meint Stadträtin **Liepins**. Die Problematik sehe sie in der Zufahrtsstraße. Hier sei bei einer Straßenbreite von 4,50 Meter kein Begegnungsverkehr möglich. Die Zufahrtstraße sei für einen Parkplatz zu eng. Die vorhandene Parkfläche an der Schule solle dem Schulhof zugeschlagen werden. Zudem wünscht sie 2 bis 3 Behindertenstellplätze.

Problemlos könne Begegnungsverkehr auf einer Fahrbahnbreite mit 4,50 Meter stattfinden, findet Stadtrat **Handel**.

Die Parkplätze passen sich der Größe der Autos an und werden größer, merkt Stadtrat **Müller** an. Er geht mit der Planung mit.

BM **Manni** erteilt einem Vertreter des Stadtteilausschusses das Wort. Das Gremium zeigt sich einverstanden.

Ein **Vertreter** des Stadtteilausschusses spricht die Versetzung des Zauns an der Schule an. Die Zufahrt zum Parkplatz sehe er kritisch. Er vermute einen Mehrverkehr an der Erdmannhäuser Straße. Die Steinheimer Straße sei bereits heute überlastet.

Die Erschließung des Parkplatzes sei ein zentrales Thema und die Zufahrtsstraßen müssen beachtet werden, moniert Stadtrat **Zeltwanger**. Er fragt, ob für Fahrradstellplätze an der Schule die bisherige Parkfläche genutzt werden könne.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Zufahrtsstraße ein. Eine Ausweichfläche sei im Parkplatz möglich und reiche für das Verkehrsaufkommen aus.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Eine Photovoltaikanlage sei wegen der Festivitäten nicht möglich. Die Grünfläche habe eine Mulde als Notablauf, um eine Verschlammung zu verhindern. Die Fahrradabstellplätze seien planerisch vorne angeordnet worden mit einer minimalen Versiegelung. Im nächsten Schritt werde der Schulhof geplant werden. Die Parkplätze werden bereits jetzt entsiegelt. Deshalb sei eine Versetzung des Zauns nicht produktiv. Der Baum kollidiere nicht mit dem Vereinsfest. Bei der Planung 2017 seien weniger Stellplätze eingeplant gewesen und habe nicht zum Vereinsfest gepasst. Im Wohngebiet wolle man das Tempo reduzieren. Die Stellplätze für die Halle seien noch nicht eingeplant. Hinsichtlich der Fahrradbügel stehe man im Austausch mit den Schulen. Bei der Anzahl der Behindertenstellplätze könne bei Bedarf nachgesteuert werden. Zur Sicherheit für die Schülerschaft habe man in der verkehrlichen Situation vor der Schule nachgesteuert. Hier stehe man in Abstimmung mit der Schule.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen. Das Thema Zuwegung und Erreichbarkeit des Parkplatzes werde nachgesteuert, sobald verkehrliche Probleme ersichtlich seien.

TOP 4

**Fahrzeugunterführung Sternkreuzung -
Begrünung
- Vergabebeschluss Garten- und
Landschaftsbauarbeiten**

Vorl.Nr. 106/23

Beschluss:

1. Baubeschluss

Die Begrünungsflächen der Fahrzeugunterführung der Sternkreuzung werden mit einem Dachbegrünungsaufbau nach dem aktuellen Stand der Technik unter Berücksichtigung ökologischer, stadtklimatischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte begrünt.

Die Baukosten für die Begrünung der Unterführung Sternkreuzung in Höhe von brutto 220.000,-- € werden genehmigt.

2. Vergabebeschluss

Firma Lang Garten- und Landschaftsbau GmbH, Marbacher Straße 40, 71642 Ludwigsburg, erhält den Auftrag für die Durchführung des o.g. Vorhabens.

Die Vergabesumme beträgt 220.000,00 €

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 25.04.2023

Angebotssumme einschl. MwSt. 202.775,82 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8 % 17.224,43 €

220.000,00 € (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% oder mehr als 20.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Sie stellt die erste Gestaltungsausführung vor. Passend zum Jubiläum 75 Jahre deutsch-französisches-Institut sowie den Mitgliedstaaten der EU. Die Installation werde unterstützt durch die Partner aus Montbéliard.

Stadtrat **Handel** fragt, ob ein Wassereinlauf über die Straße möglich sei. Er spricht die Kosten von 175 Euro pro Quadratmeter an und fragt, ob diese im Vergleich zu anderen Flächen angemessen seien.

TOP 4

**Fahrzeugunterführung Sternkreuzung -
Begrünung
- Vergabebeschluss Garten- und
Landschaftsbauarbeiten**

Vorl.Nr. 106/23

Die Kosten kommen hauptsächlich wegen dem Unterbau zustande, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Die Gestaltungsidee sei gut und sie freut sich über die Begrünung. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach der terminlichen Schiene. Er will wissen, ob die Begrünung für die weiteren saisonalen Objekte erhalten bleibe. Zudem fragt er nach der Begrünungsidee für die Spur Richtung Norden.

Stadträtin **Liepins** freut sich über die optische Aufwertung. Die Gestaltung durch die Partnerschaft sei immer gut gewesen. Künftig werden lediglich Kosten für die Wechselbepflanzung anfallen.

Stadtrat **Haag** begrüßt die Idee mit dem Fokus auf Europa.

Der Unterbau sei zukünftig die Grundlage für die Wechselausstellung, merkt Stadtrat **Müller** an.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt, welches Material die blaugefärbte Fläche sei. Zudem spricht sie den Aufwand für Mäharbeiten an.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Der Pflegeaufwand sei in den Unterhaltungskosten integriert. Man werde das Projekt im Mai starten. Die Farbe Blau werde nicht durch Granulat, sondern mit blauen Blüten gestaltet. Der Wasserzulauf aus der Straße sei aufgrund der Salzanteile eher ungeeignet. Die Grünfläche werde dauerhaft angelegt mit einer temporären Gestaltung. Die Asphaltfläche beim Kreisverkehr sei nicht integriert, hier müsse der Versuch abgewartet werden.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

**Radschnellverbindung RS 8 - Abschnitt
Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

Vorl.Nr. 048/23

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Umweltausschuss beauftragt die Stadtverwaltung die Planung der Radwegeführung vor dem Forum im Rahmen des Radschnellwegs RS8 auf Basis der vorgelegten Planungen bis zur Entwurfsplanung umzusetzen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die Förderantragsstellung und die Umsetzung der Maßnahme im Haushalt vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Die Vorplanung sei die Richtungsentscheidung. Die nachfolgende Entwurfsplanung gehe ins Detail und könne die exakten Kosten kalkulieren. Im Ausschuss berichte man mit der heutigen Vorstellung zum dritten Male zu diesem Thema. Künftig wolle man das Verfahren optimieren. Die Schranke am Forum könne über die Radschnellwegförderung finanziert werden. Zudem wirke der Weg wie eine öffentliche Straße, ist aber eine Privatfläche des Forums. Eine Umwidmung sei somit nicht notwendig. Das Schrankensystem sei noch nicht festgelegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Gemeinsam mit Tourismus & Events werde man eine Schrankenlösung suchen. Heute wolle man die Entwurfsplanung beschließen, um einen Förderantrag stellen zu können. Der Baubeschluss sei auf Herbst geplant.

Für den Radschnellweg müsse eine Lösung an der Friedrich-Ebert-Straße gefunden werden, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Der Wegfall des Linksabbiegers in die B27 befürworte sie. Sie hofft, dass künftig der Autoverkehr in der Alleenstraße reduziert und der Radverkehr übersichtlich koordiniert werde. In der Alleenstraße könnten die Parkplätze am Rand zugunsten von Radbügeln rückgebaut werden. Sie regt an, dass alle Radfahrer in der Alleenstraße gezählt werden. Viele nehmen eine Abkürzung und fahren nicht über die Zählstelle. Eine Schranke vor dem Forum begrüßt sie.

Eine Schranke sei gut, müsse aber einfach zu bedienen sein und gut kommuniziert werden, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Sie hofft, dass aufgrund der Schranke kein Bus Stau entstehe.

Stadtrat **Raasch** geht von einem lernenden Prozess aus. Der Knackpunkt werde weiterhin der Kreuzungsbereich B27 -Alleenstraße in die Friedrich-Ebert-Straße sein. Er stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Maier** stimmt der Vorlage zu. Wenn nötig, könne nachgebessert werden. Mit dieser Vorlage könne in die konkretere Planung eingestiegen werden.

Die Linksabbiegerspur für Radfahrer sei kritisch, so Stadtrat **Haag**. Man müsse die Praxiserfahrungen abwarten. Seine Anregung zum parallelen Fahrradweg zum Zebrastreifen über die Friedrich-Ebert-Straße an der Solitudeallee sei nicht umgesetzt worden. Die Radfahrer fahren dort mit einer hohen Geschwindigkeit. Er fragt nach der Vorfahrtsregelung bei kollidierenden

TOP 5

**Radschnellverbindung RS 8 - Abschnitt
Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

Vorl.Nr. 048/23

Radwegen. Er wünscht zudem am Kreisverkehr an der Sternkreuzung Verschränkungsbügel, beziehungsweise temporär eine Barriere, die zum Abbremsen zwingt.

Stadtrat **Müller** wünscht eine klare Kennzeichnung und deutliche Markierung der Vorfahrtsregelung. Er stimmt zu.

BM **Manni** erteilt einem Vertreter des Stadtteilausschusses das Wort. Das Gremium zeigt sich einverstanden.

Der Entwurf sei gut, so ein **Vertreter** des Stadtteilausschusses. Er wünscht eine klare Abgrenzung und Markierung des Radweges zur Straße. Sofern der Oberflächenbelag verbessert und gut ausgebaut sei, gehe er davon aus, dass die Radfahrer den Radweg ordnungsgemäß nutzen.

Die Alleinstraße solle optimiert werden, so BM **Manni**. Dieser Baustein komme demnächst. Er geht auf die Vorfahrtsregelung ein. Hier müsse man entsprechende Piktogramme anbringen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität weist auf die Farbgebung des Radschnellweges hin.

Die Planungen zur Alleinstraße werden separat betrachtet, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität hinzu. Er geht auf die Frage zu den kollidierenden Radwegen ein. Rechtlich habe der Radschnellweg Vorfahrt. Man müsse dies in der Praxis anschauen und die Rechtslage deutlich erkennbar machen.

Stadtrat **Klotz** schlägt vor, eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn die Schranke vor dem Forum zu öffnen.

Stadtrat **Handel** geht auf die Ausfahrt Parkplatz Bärenwiese ein und wünscht künftig ein automatisches System und eine einfache Zahlungsmöglichkeit.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

bestehender Radweg Mörikestraße - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Man wolle mit einer hochwertigen Fahrradinfrastruktur an den Bestand anbinden.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine Verbesserung in der Schlachthofstraße. Sie erinnert an die Begehung. Die Trasse über den Acker brauche als logische Konsequenz eine Fortführung. Die Finanzierung der temporären Radwegeführung sei noch ungeklärt. Sie befürchtet, dass die Radfahrer, anstatt an der Ampel zu warten, sich in den Linksabbieger mit dem Autoverkehr in Richtung Möglingen einordnen und will wissen, ob dieser Radweg benutzungspflichtig sei. Der Schulradweg laufe über die Mörikestraße. Sie fragt nach den Kosten und fragt nach der Anzahl der Radfahrer und Häufigkeit der Nutzung der Achse. Man brauche eine Möglichkeit der Weiterfahrt, notfalls als Provisorium.

Stadträtin **Seyfang** bezweifelt die Nutzung des Radweges. Dieser sei schwer erkennbar. Die Radwegeführung über den Fußweg sei nicht praktikabel. Sie wünscht eine bessere Planung.

Man habe dieselbe Situation, mit Querung von Fuß- und Radweg, wie am Heilbronner Torhaus, merkt Stadtrat **Raasch** an. Er stimmt Stadträtin Dr. Knoß zu.

Die Breite sei sehr großzügig, meint Stadträtin **Liepins**.

Stadtrat **Haag** geht ebenso davon aus, dass der Linksabbieger, wie Stadträtin Dr. Knoß berichtet, genutzt werde. Er könne sich eine Art Aufstellfläche für Radfahrer vorstellen, sofern dies nicht der eigentlichen Radwegeplanung widerspreche.

Stadtrat **Müller** regt einen Tausch der Fußgänger und Radfahrerfläche an und plädiert an ein Provisorium.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Er erläutert die Fuß- und Radwegeführung. Irgendwo müsse der Fußgänger den Radfahrer kreuzen. Die Fläche sei groß genug und könne dort gut funktionieren. Der Radweg werde vermutlich nicht benutzungspflichtig sein. Eventuell werde der Bordstein abgesenkt. Diese Idee werde mitgenommen. Der Knoten sei hochbelastet, auch durch Rückstauungen. Man müsse noch prüfen, wie der Radverkehr in den bestehenden Radweg eingeführt werde. Man habe eine Breite von insgesamt 5,60 Metern.

Die Ideen und Anregungen werden mitgenommen, so BM **Manni**. Informationen zur Kostenermittlung und Förderfähigkeit werden folgen.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität führt in das Thema ein. Wichtig sei die Darstellung der Entwicklung. Die Folien seien teilweise bekannt, jedoch die Zahlen angepasst.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Mittlerweile gebe es in Ludwigsburg über 3000 E-Autos. Die Wachstumsquote stagniere aktuell aufgrund der wirtschaftlichen Lage, Inflation, Unsicherheit über die Förderung und Lieferschwierigkeiten. Zum kostenfreien Parken für E-Autos wünscht er ein Stimmungsbild des Gremiums. Es liege ein Antrag der FDP-Fraktion zur Lademöglichkeit der E-Fahrräder vor. Die Planungen hierzu seien fortgeschritten.

Man stehe in enger Abstimmung mit dem Land, so BM **Manni**. Die Mitarbeiterstelle werde durch Landesmittel gefördert.

Die Muskelkraft sei die erste Wahl, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Die zweite Wahl liege bei der E-Mobilität. Die E-Scooter werden leider wild abgestellt, bemängelt sie. Zudem sei die Nutzung sehr teuer. Die Parksituation der E-Scooter müsse verbessert werden. Mit der Verlängerung des kostenfreien Parkens für E-Autos könne sie mitgehen. Wenn die Anzahl der E-Autos weiter steige, müsse künftig darüber nachgedacht werden. Sie fragt nach dem Ort des geplanten autobahnnahen Ladepunktes und könne sich dort auch ein Café vorstellen.

Das kostenlose Parken für E-Autos sei als Anschubfinanzierung gedacht gewesen, meint Stadtrat **Klotz**. Wenn 3000 Autos am Tag eine Parkgebühr von 2,50 Euro bezahlen würden, käme eine stattliche Summe zusammen, die anderweitig gut verwendet werden könne, rechnet er vor. Man müsse die Einnahmeseite ebenso betrachten. Mit einer Verlängerung gehe er nicht mit. Im Stadtteil Poppenweiler gebe es derzeit lediglich eine Ladesäule. Schnellladepunkte seien sinnvoll und attraktiv. Das Stromnetz könne problematisch sein.

Stadtrat **Zeltwanger** könne mit einer Abschaffung eines kostenfreien Parkens für E-Autos mitgehen. Er sei hierzu offen. Er fragt, ob eine Differenzierung zwischen kleinen Autos und Betriebsfahrzeuge möglich sei, um jeder Einkommensschicht E-Mobilität zu ermöglichen. Er spricht den Antrag „Mobilität für Alle“ an und hofft, dass dieser bald behandelt werde. Ein großer Anteil am Verkehr machen Fahrzeuge aus dem Umland aus. Das Ziel sei mit der E-Mobilität CO₂ einzusparen. Er fragt, ob dies auf die gefahrenen Kilometer heruntergebrochen werden könne.

Man sei auf einem guten Weg, meint Stadtrat **Maier**. Im Bundesdurchschnitt sei Ludwigsburg erfolgreich. Er dankt, dass die E-Mobilität immer mitgedacht werde. Das Thema kostenfreies Parken werde er zur Diskussion in die Fraktion mitnehmen. Für die Sozialverträglichkeit müssen andere Anreize geschaffen werden und spricht die Querfinanzierung an. Der Gebrauchthandel für E-Autos

sei momentan noch sehr gering.

Bei Hybrid komme man mit Benzin derzeit günstiger weg im Vergleich zu öffentlichen Ladestationen, bemängelt Stadtrat **Haag**. Er könne mit einem Auslaufen des kostenfreien Parkens mitgehen.

Die Gesamtzahl der PKWs gehe zurück, freut sich Stadtrat **Müller**. Dadurch brauche man weniger Stellfläche. Er hofft auf ein anderes Mobilitätsverhalten und keine Verschiebung zugunsten Firmenfahrzeugen. Die PKW-Vermeidung solle im Vordergrund stehen. Er fragt nach der Idee eines autobahnnahen Schnellladesystems. Das kostenfreie Parken könne auslaufen, da die Zahl der E-Autos größer werde und es dann Einnahmeausfälle gebe. Das Abstellen der E-Scooter sieht

TOP 5

**Radschnellverbindung RS 8 - Abschnitt
Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

Vorl.Nr. 048/23

er nicht so problematisch an. Ebenso fragt er nach den Planungen zum autobahnnahen Schnellladesystem. Hierfür sei eine entsprechende Hochspannung notwendig.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf den geplanten autobahnnahen Ladepunkt ein. Das Projekt werde mit den Stadtwerken entwickelt. Die Ladepunkte sollen leistungsstark sein. Der Ort kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden. Es soll keine Tankstelle oder Autohof werden. Das Gremium wird rechtzeitig informiert.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Anregungen zu E-Scootern werden gerne angenommen. Er wird die Nutzungszahlen der Ladesäule im Stadtteil Poppenweiler auslesen und den Hinweis auf mehr Stationen mitnehmen. Die Stadtwerke seien ein gewinnorientiertes Unternehmen, merkt er als eventuellen Hinderungsgrund an. Er geht auf den Ausbau von Trafostationen ein. Hier wolle man das Netz entsprechend stabilisieren und ausbauen. Am 04.05.2023 werde im Bauausschuss der Antrag der Freien-Wähler-Fraktion behandelt. Die vorgestellten Zahlen basieren auf allen Kfz der Zulassungsstelle. Durch den aktuellen Strompreis sei das öffentliche Laden teuer. Alle Ladesäulen in Ludwigsburg werden mit dem Fördergrundsatz 100% Ökostrom gefördert. Er selbst plädiert für eine Verlängerung des kostenlosen Parkens für E-Autos. Das Ziel sei bis zum Jahre 2025 eine Erreichung von 12% und 30% bis zum Jahre 2030.

BM **Manni** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung. Es erfolge eine Aufbereitung.